



Wortprotokoll der 38. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 7. Oktober 2020, 14:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus
2.200

Vorsitz: Norbert Müller, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 8**

Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 8**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema
"Problembewältigung ohne Ansprechpartner*in:
Schul- und Jugendsozialarbeit vorübergehend nur
eingeschränkt bzw. nicht erreichbar!"



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 7
Wortprotokoll	Seite 8



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

teils. öff.

19. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 7. Oktober 2020, 14:30 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u> Wiesmann, Bettina Margarethe		<u>CDU/CSU</u> Launert Dr., Silke	
<u>SPD</u> Rüthrich, Susann		<u>SPD</u> Bahr, Ulrike	
<u>AfD</u> Huber, Johannes		<u>AfD</u> Harder-Kühnel, Mariana Iris	
<u>FDP</u> Seestern-Pauly, Matthias		<u>FDP</u> Föst, Daniel	
<u>DIE LINKE.</u> Müller (Potsdam), Norbert		<u>DIE LINKE.</u> Werner, Katrin	

1. Oktober 2020

Anwesenheitsliste

Seite 1 von 2

Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro

Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339

Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

teilw. öff.

19. Wahlperiode

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 7. Oktober 2020, 14:30 Uhr

Ordentliche Mitglieder
des Ausschusses

Unterschrift

Stellvertretende Mitglieder
des Ausschusses

Unterschrift

BÜ90/GR

Schneidewind-Hartnagel, Charlotte

BÜ90/GR

Dörner, Katja

1. Oktober 2020

Anwesenheitsliste

Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro
Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339
Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.

Seite 2 von 2

19. Wahlperiode

Protokoll der 38. Sitzung
vom 7. Oktober 2020

Seite 4 von 24



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

kilo.öff.

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 7. Oktober 2020, 14:30 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU		
SPD		
AFD		
FDP		
DIE LINKE		
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)

Fraktion

Unterschrift

31670

GRÜNL

John
John

Stand: 13. September 2018 / BL4, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659
Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Problembewältigung ohne Ansprechpartner*in: Schul- und Jugendsozialarbeit
vorübergehend nur eingeschränkt bzw. nicht erreichbar“
am Mittwoch, dem 7. Oktober 2020, 15.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Georg Grohmann (Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V.)	
Julia Schad-Heim (IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Deutschland e.V.)	
Hans Steimle (Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit)	



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Norbert Müller	8, 11, 14, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 23, 24
Abg. Bettina M. Wiesmann	16, 17
Abg. Susann Rüthrich	19
Abg. Johannes Huber	19
Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel	19
Abg. Tanja Schorer-Dremel	20

Sachverständige

Georg Grohmann	14, 18, 22
Julia Schad-Heim	11, 18, 20
Hans Steimle	9, 17, 18, 23



Tagesordnungspunkt 1

Verschiedenes

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 2

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Problembewältigung ohne Ansprechpartner*in: Schul- und Jugendsozialarbeit vorübergehend nur eingeschränkt bzw. nicht erreichbar!“

Vorsitzender: Ich begrüße Sie zu dieser Anhörung der 38. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Wir haben heute die Mitglieder der Kinderkommission des Bayerischen Landtages zu Gast. Sie sitzen rechts von uns, wozu ich gleich noch etwas sage. Wir haben uns mit ihnen beim gemeinsamen Mittagessen und im geschlossenen Teil über unsere und ihre Arbeit ausgetauscht. Die heutige Anhörung wird vom Parlamentsfernsehen aufgenommen und morgen zeitversetzt auf www.bundestag.de ausgestrahlt. Das heißt alles, was hier gesprochen und gesagt wird, ist am Ende durch Kameras festgehalten. Vielen Dank, dass das möglich wird.

Das bedeutet aber auch, das sage ich gleich vorweg, dass alle Kolleginnen und Kollegen, kurz Ihren Namen zu Beginn sagen, wenn Sie nachher das Wort ergreifen oder ich es Ihnen gewähre. Damit wir alles für das eigene Protokoll haben, bitte ich darum, das Mikrofon zu verwenden, damit wir am Ende auch die Audiospur haben und nicht nur ein schönes Bild. Außerdem weise ich darauf hin, dass mit der Allgemeinverfügung des Präsidenten in diesem Raum die Maskenpflicht gilt, es sei denn man sitzt am Platz und die Abstände werden gewahrt. Die Abstände haben wir gewahrt, dafür ist der Raum entsprechend vorgesehen. Wenn Sie aufstehen, rausgehen und wieder reinkommen, müssen Sie die Maske wieder aufsetzen bis Sie an Ihrem Platz sind. Dann kann man sie wieder absetzen.

In der Kinderkommission des Deutschen Bundestages beschäftigen wir uns bis Anfang kommenden Jahres mit den Auswirkungen der Corona-Krise auf junge Menschen. Wir hatten dazu bereits zwei öffentliche Anhörungen. Wir

werden uns mit der Frage beschäftigen, welche Auswirkungen der Lockdown, aber auch die darauf folgende Zeit für Kinder, Jugendliche, für ihre Familien hatte. Hierbei orientieren uns an den Regelungsinhalten des SGB VIII. D. h. wir haben uns in der letzten Woche mit § 11/12, dem Freizeitbereich, also den Übernachtungshäusern, aber auch den Jugendverbänden beschäftigt. Heute sind wir im Bereich Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit. Für den heutigen Tag haben wir drei Sachverständige eingeladen. Bevor ich Sie zu Wort kommen lasse, würde ich aber uns noch kurz vorstellen wollen. Mein Name ist Norbert Müller, Fraktion DIE LINKE, ich leite für eine gewisse Zeit die Kinderkommission. Wir haben einen rotierenden Vorsitz. Links von mir sitzt Herr Kopp als Vertreter des Sekretariats der Kinderkommission. Daneben Bettina Wiesmann für die CDU/CSU-Fraktion, Susann Rüthrich für die SPD-Fraktion, Herr Huber für die Fraktion der AfD, daneben Matthias Seestern-Pauly, der sicherlich gleich wieder reinkommt, für die Fraktion der FDP und Charlotte Schneidewind-Hartnagel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Und zu meiner Rechten die Mitglieder der Bayerischen Kinderkommission, Frau Schorer-Dremel, CSU-Fraktion, die Vorsitzende der Bayerischen Kinderkommission, ihr Stellvertreter, Herr Becher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, daneben Frau Schmidt von der Fraktion der Freien Wähler. Im Bayerischen Landtag gibt es keine Linken, aber dafür Freie Wähler. Daneben Frau Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion, Frau Rauscher für die Fraktion der SPD im Bayerischen Landtag und daneben Frau Sandt für die FDP-Fraktion.

Wir haben heute drei Sachverständige geladen: Herr Grohmann vom Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V., Frau Julia Schad-Heim als Vertreterin von IN VIA Deutschland und der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit, herzlich willkommen, und Herrn Hans Steimle von der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugendsozialarbeit. Ich freue mich sehr, dass es ermöglicht wurde, dass Sie heute hier sein können. Wir freuen uns auf Ihre Eingangsstatements. Wir haben insgesamt mit der Debatte bis 16.30 Uhr Zeit, dann beginnt das Plenum und wir müssen hier zum Ende



kommen. In der Vorberatung haben wir besprochen, dass Herr Steinle mit seinem kurzen Eingangsreferat beginnt, Frau Schad-Heim wird Ihnen folgen und ergänzen, und Herr Grohmann macht den Schluss der Runde. Wir haben besprochen, dass Sie die Möglichkeit haben, jeweils 10 Minuten ein Eingangsstatement zu leisten. Ich werde nach 9 Minuten diese Glocke hier bedienen, nicht um Sie zu terrorisieren, sondern damit Sie wissen, dass Sie ungefähr noch eine Minute haben, um zum Schluss zu kommen. Ich gucke jetzt auch nicht sekundenscharf, aber viel mehr als 10 Minuten sollten es nicht werden, weil uns am Ende die Zeit im Nacken sitzt. Gut, das war der Einstiegsmarathon. Herr Steinle, Sie haben das Wort.

Hans Steinle (Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Kinderkommission, jetzt Bundestag und Bayerische Kinderkommission, sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, als Vertreter der BAG Evangelische Jugendsozialarbeit zu Ihnen sprechen zu dürfen und bedanke mich für die Einladung.

Die BAG ESA ist der bundesweite Zusammenschluss in Diakonie und evangelischer Jugendarbeit. Sie ist einer der sechs Verbände der Jugendsozialarbeit, die die Interessen von benachteiligten Jugendlichen auf Bundesebene vertreten. Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich Ihnen einige Kernelemente der Jugendsozialarbeit darlegen. Danach werde ich über die aktuelle Situation der Adressatinnen und Fachkräfte der Jugendsozialarbeit berichten und darüber, wie es gelingt, junge Menschen in Zeiten von eingeschränkten Kontaktmöglichkeiten zu erreichen. Am Schluss will ich Ihnen einige Anregungen und Vorschläge benennen. Ich hoffe, das gelingt mir in den verbleibenden neun Minuten. Zwischen Anfängen der Jugendsozialarbeit, die als Folge der Auswirkungen des 2. Weltkrieges seinen Ursprung hatte, und heute gibt es Parallelen. Auch wenn klar ist, dass alle Vergleiche mit dieser schwierigen Zeit schwierig sind, erleben wir eine tiefgreifende Krise, die bis in das Privatleben jedes einzelnen und in die zwischenmenschlichen Beziehungen hineinwirkt.

Wenn und wie sich diese Krise auf das Leben von Kindern und Jugendlichen auswirkt, wurde Ihnen auch schon in den vorherigen Expertengesprächen nahegebracht. Es ging um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und deren Nichtbeteiligung, um deren Ausschluss aus Entscheidungen und Debatten und um die Verletzung von Kinderrechten. Zudem wurde bereits auf die vielen Studien, wie z. B. die JuCo-Studie hingewiesen. Das spart mir und uns heute einiges an notwendigen zusätzlichen Erläuterungen.

Viele Feststellungen, wie die Reduzierung von Kindern und Jugendlichen auf das Schülerdasein oder die Wiedereröffnung der Kitas als Maßnahme zu Rückkehr der Eltern ins Berufsleben, waren sehr treffend. Auch Forderungen, wie die Einführung von Kinderbeauftragten auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, werden von uns durchaus mit unterstützt. Themen der heutigen Anhörung wurden dabei auch schon angeschnitten und diese wollen wir nun vertiefen. Überschrift „Problembewältigung ohne Ansprechpartner*innen, Schul- und Jugendsozialarbeit vorübergehend nur eingeschränkt erreichbar!“ Ich habe das zum einen als Feststellung verstanden, da es de facto zu Beginn des Lockdowns tatsächlich so war. Die regulären Maßnahmen der Jugendberufshilfe wurden eingestellt, die Büros der Jugendmigrationsdienste geschlossen, Angebote in der schulischen Betreuung storniert und die Treffs am Abend und am Wochenende nicht geöffnet. Allerdings fasse ich das Thema auch als Frage auf. War es tatsächlich so, dass die Jugendsozialarbeit nur eingeschränkt erreichbar war? Die Antwort dazu vorweg – Ja und Nein. Wir haben dazu im April und Mai im Bundesverband eine ausführliche Befragung unserer Mitglieder durchgeführt, aus den drei Erkenntnisse deutlich wurden. 1. Die schon in den vorhergehenden Expertenanhörungen zitierten Erkenntnisse decken sich mit den Berichten aus der Jugendsozialarbeit. Die Jugendlichen, mit denen die Fachkräfte der Jugendsozialarbeit in Kontakt und in Beziehung stehen und standen, leiden noch heute unter den Einschränkungen und Maßnahmen des Lockdowns und der erneuten Dehnung ihrer Zukunftsperspektiven in besonderem Maße. Warum? Weil es genau



diejenigen besonders trifft, die eine intensive Begleitung benötigen, die verlässliche Informationen suchen, z. B. Informationen darüber, was nun erlaubt oder verboten ist. Verständigungs- und Verständnisschwierigkeiten bei den neuzugewanderten Jugendlichen und deren Familien führten zu weiteren Verunsicherungen. Beengte Wohnverhältnisse, um im Lockdown über die Runden zu kommen und den Anforderungen des Homeschoolings und Homestudying nachzukommen, erschwerte die Situation dieser Jugendlichen noch viel stärker als bei privilegierteren Familien. Die Schließung der Jobcenter und der Ausländerbehörden, der fehlende Austausch mit Gleichaltrigen, der fehlende Zugang zu digitaler Kommunikation und die große Sorge, ob die gesteckten Bildungs- und Ausbildungsziele und deren Abschlüsse erreicht werden und vieles mehr. Komplexe organisatorische, emotionale und psychische Herausforderungen für Millionen von jungen Menschen und ihren Familien. Vieles davon und über vieles haben wir berichtet und geschrieben. Aktuelle Stellungnahmen zu den vertanen Chancen des Bildungsgipfels und unsere Stellungnahme zur Überwindung der sozialen und digitalen Spaltung sind auf den Seiten der BAG ESA und des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit zu finden. Zusammenfassend gesagt, ja, unter den pandemiebedingten Einschränkungen haben die Jugendlichen aus dem Adressatenkreis der Jugendsozialarbeit besonders gelitten.

2. Erkenntnis: Nein, das war mitnichten so, dass die Jugendsozialarbeit nicht oder nur eingeschränkt erreichbar war. Es wurde zwar davon berichtet, dass es in den ersten Tagen zu Abbrüchen und zu Unterbrechungen in den Beratungsangeboten der Jugendsozialarbeit kam, aber schnell wurde wiederhergestellt, was den Kern der Jugendsozialarbeit ausmacht, die Beziehungsarbeit und die Erreichbarkeit, und zwar in beide Richtungen. Über diese Erkenntnisse kann ich später noch mehr ausführen, vielleicht in dem nachfolgenden Gespräch. Die Erreichbarkeit in zwei Richtungen hat auch sehr viel mit der Institution und der Institutionalisierung von Sozialarbeit zu tun und dessen, was versprochen und aufgrund mangelnder Ressourcen manchmal eben auch nicht eingehalten wird. In dieser Zeit wurden

viele Angebote von Präsenz- auf Onlineberatung und von Regelangeboten auf individuelle und flexible Konzepte umgestellt. Zum Beispiel wurden in Windeseile Schulungen zu geschützten Onlineberatungen für über hundert Mitarbeitende in den Jugendmigrationsdiensten organisiert. In einer weiteren Auswertung, nicht die, die wir jetzt auf Bundesebene durchgeführt haben, sondern an lokalen Netzwerken der Jugendarbeit, in dem ich selbst mitwirkte, haben wir die Auswirkung der Corona-Einschränkung ebenfalls analysiert. Auch hier blieb das Bild uneinheitlich im Sinne von sehr viel Dynamik und sehr viel Angebote. Beispielsweise in der Schulsozialarbeit wurde je nach Struktur, und wie intensiv die Schule und das Rektorat mitgegangen sind, ist mehr oder weniger auch etwas passiert und hat stattgefunden.

In der Zusammenfassung hat das Netzwerk grob folgendes Zwischenfazit gezogen: Durch den Lockdown sind ca. 10 Prozent an Kontakten gänzlich längerfristig verlorengegangen, also bis heute nicht wieder zustande gekommen, und damit abgebrochen. Zu 30 Prozent hat sich der Kontakt tendenziell intensiviert, weitere Aufgaben sind hinzugekommen, Nachfragen wurden beantwortet und die Begleitung neu organisiert. Bei 60 Prozent hat sich die Intensität an Kontakten nur wenig verändert. Diese Verteilung hat sich interessanterweise über alle beteiligten Handlungsfelder der Jugendsozialarbeit von den offenen Treffs über die mobile Jugendarbeit bis hin zur Schulsozialarbeit ähnlich dargestellt. Was heißt das? Das heißt zumindest eines, das es eine Gruppe gibt, die nun sogar aus der Beziehungsarbeit, Jugendsozialarbeit herausgefallen ist. Was ebenfalls festgestellt wurde ist, dass die Fallzahlen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie deutlich angestiegen sind. Ich lasse diese Feststellung hier einfach mal so stehen. Das ist eine Analyse aus einem kleineren Kontext, aber in den Berichten, die uns auch anderweitig aus den Landesverbänden zugetragen sind, gibt es ähnliche Tendenzen.

Drei Anmerkungen zum Schluss, ich hoffe, die Zeit reicht dafür. Schließung ist keine Lösung, Streichung ist keine Option. Falls es nun in der zweiten Corona-Welle wieder zu Schließungen



und Einschränkungen kommt, sind wir anders aufgestellt als im März dieses Jahres. Es darf nicht passieren, dass wieder alle Dienste und Einrichtungen pauschal geschlossen werden. Trauen Sie den Trägern und Fachkräften der Jugendsozialarbeit zu, dass sie ihre spezifischen Beratungs- und Beziehungsangebote unter Einhaltung der notwendigen und wichtigen Regeln ausüben und umsetzen können. Dazu noch ein zweiter Punkt. Wir wissen, dass die kommunalen Haushalte durch den massiven Rückgang der Steuereinnahmen in den kommenden Jahren weniger Mittel zur Verfügung haben. Naheliegend scheint immer, die Ausgaben in den Bereichen zu minimieren, die manchmal nach sehr eigenständiger Lesart keine gesetzlichen Pflichtaufgaben darstellen. Wir möchten dringlich davor warnen, in diesen Bereichen der nonformalen Bildung und Begleitung den Rotstift anzusetzen.

Zweitens ein kurzes Wort zur aktuellen Debatte um die SGB VIII-Reform, für die Sie in der Kinderkommission und im Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundestag, um es salopp zu formulieren, besonders nahe dran sind. In der letzten Fassung des vorläufigen Referentenentwurfs vom August 2020 war das Ziel formuliert, den Sozialraum und die Prävention zu stärken. Davon ist in der Fassung, die vorgestern den Verbänden zur Abstimmung vorgelegt wurde, keine Rede mehr. Wir lesen sehr viele Elemente und Korrekturen im Bereich der Inklusion des Kinderschutzes bis hin zur Verankerung der Mehrgenerationenhäuser. Was wir aber komplett in den Kapiteln vermissen, ist die Stärkung der nonformalen Bildung. Außerhalb der individuellen Leistungsansprüche hat sich so gut wie nichts verändert. Sicher nicht ganz billig, aber wie einfach wäre es, wenn es politisch gewollt wäre, die kommunale Verantwortung für die Angebote der nonformalen Bildung als verpflichtenden Auftrag im neuen Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz zu verankern. Ein Ort dafür wäre der § 79, wo es um die Gesamtverantwortung geht. Da könnte im zweiten Absatz stehen: „Von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mitteln ist ein den notwendigen Erfordernissen entsprechender Anteil für die nonformalen Angebote der §§ 11 bis 14 und der Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen.“

Letzter Punkt: Wir fordern seit längerer Zeit die Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit zwischen den Rechtskreisen SGB II, III und VIII. Hier befinden sich die formalen Schnittstellen, in denen sich die Jugendlichen und die Fachkräfte in der Jugendsozialarbeit bewegen. Die Kinder- und Jugendhilfe muss hier ihren Auftrag deutlich stärker wahrnehmen und ihren eigenen Beitrag verstärken. Wenn es dazu noch ein Modellprogramm des Bundes gäbe, dass das Ganze initiativ mit fördert, dann wäre das ein Ziel. Dort werden die Spuren für eine Zukunft gelegt, in der das Risiko der Problembewältigung ohne Ansprechpartner*in aufgrund eingeschränkter Erreichbarkeit weiterhin minimiert wird. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Steinle. Das Wort geht an Frau Schad-Heim von der BAG Katholische Jugendsozialarbeit.

Julia Schad-Heim (IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Deutschland e. V.): Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete. Vielen Dank, dass wir hier die Erfahrungen und Anliegen aus der schulbezogenen Jugendsozialarbeit und der Schulsozialarbeit einbringen können. Natürlich ist damit auch die Jugendsozialarbeit an Schulen gemeint, wie das Landesprogramm in Bayern genannt wird. Ich möchte in meinem Input gerne zu unseren Eindrücken und Erfahrungen zur Situation der jungen Menschen sowohl während des Lockdowns als auch nach Öffnung der Schulen sprechen. Dann möchte ich gerne die Angebote und Herausforderungen der Schulsozialarbeit während des Lockdowns bzw. der Schulschließungen kurz skizzieren und habe dann noch drei Handlungsanforderungen, die ich benennen möchte.

Während der Schulschließungen waren die Lebenssituationen unserer Zielgruppen größtenteils von Mangel und Konflikt geprägt. Wir haben gehört, dass es schon viele Erhebungen zur Situation der Jugendlichen und wie es ihnen geht,



gab. Es war alles sehr von Unsicherheit, mangelnder Information und Beteiligung geprägt. Das betrifft natürlich auch unsere Zielgruppe. Ich möchte aber doch noch einmal festhalten, dass diese Mangelsituation sowohl Platzmangel, Bewegungsmangel, mangelnde technische Ausstattung, mangelnde Tagesstruktur, teilweise auch mangelnde Versorgung und mangelnde emotionale Unterstützung betrifft. Das möchte ich einfach an der Stelle noch einmal festhalten. Gleichzeitig haben wir genauso auch Berichte erhalten, dass für manche junge Menschen diese kurzfristige Schließung sogar zu einer Situation geführt hat, wo sie sich selber organisiert haben und teilweise auch wirklich in Ruhe das Lernen noch einmal neu kennengelernt haben. Also das sind auch Berichte. Dann wissen wird, dass das digitale Lernen als große Herausforderung für junge Menschen und deren Familien wahrgenommen wurde. Das haben wir verschiedentlich schon gehört. Hinzu kommt natürlich das Thema technische Ausstattung, aber auch Know-how und Kapazitäten. Es ist so, dass wir von unseren Trägern und den Kolleginnen und Kollegen aus der Schulsozialarbeit gehört haben, dass die jungen Menschen über jegliche Form der Kontaktaufnahme und Unterstützung von Bezugspersonen auch außerhalb der Familie sehr froh waren. Allen voran von den Schulsozialarbeitern und Schulsozialarbeiterinnen. Man muss sagen, dass das sehr kreativ über Briefe, Nachrichten, Anrufe, Balkongespräche gelungen ist. Das haben wir alles hier in der Runde auch schon gehört. Man muss dazu sagen, dass die Eltern sich sogar gefreut haben, wenn sie auch kontaktiert worden sind.

Was ist dann im eingeschränkten Regelbetrieb vor den Sommerferien und jetzt im neuen Schuljahr passiert? Wir gehen davon aus, dass eine weitere Verschärfung der sozialen und digitalen Spaltung im Bildungssystem voranschreitet. Das können wir an den Themen der digitalen Bildung und der digitalen Ausstattung von jungen Menschen festmachen. Wir haben gemerkt und das führt uns zu der Annahme, dass Schuldistanz und Schulabsentismus als Phänomene weiter zunehmen. Wir haben auch gehört, dass es jetzt für Kinder nach der Schulöffnung schwierig ist, wieder in diesen Schulablauf reinzukommen. Es gibt Motivationsprobleme, Resignationen bei

jungen Menschen, und eigentlich bräuchten wir wirklich Platz, Zeit und Raum für die Aufarbeitung von Erlebnissen und Ängsten, die aus den Schulschließungen und aufgrund der derzeitigen Lage entstanden sind. Ich muss das mit den Ängsten betonen, da es uns tatsächlich sehr oft zurückgemeldet wurde. Kinder und Jugendliche jeder Altersgruppe haben diffus mit Ängsten zu tun. Ich will ganz kurz darauf hinweisen, dass morgen der neue Monitor Jugendarmut von der BAG KJS herauskommt. Dort ist die Zahl von 3,2 Millionen junger Menschen enthalten, die bereits vor der Pandemie armutsgefährdet waren. Weitere Informationen gerne morgen ab 11.00 Uhr. Vom Arbeitsministerium gab es eine Schätzung, dass mit 1,2 Millionen mehr Haushalten gerechnet werden muss, die einen Grundsicherungsbedarf haben.

Was hat die Schulsozialarbeit gemacht, was macht sie und wie arbeitet sie momentan? Es waren, wie für alle, erschwerende Bedingungen, unter denen die Arbeit nach den Schulschließungen weitergehen sollte und musste. Der Schwerpunkt lag auf jeden Fall auf den Kontaktmöglichkeiten und der Beratung, die aufrechterhalten werden sollte. Das hat, wie in anderen Bereichen zum Glück auch, pragmatisch, kreativ und flexibel funktioniert. Gerade mit Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen, mit denen schon ein Bezug durch Beratung und den Familien vorhanden war, ist es über diese alternativen Medien sehr gut gelungen, den Kontakt, aber nicht als Ersatzkontakt, aufrechtzuerhalten. Es gibt durchaus, wie mein Vorredner, Herr Steimle, schon gesagt hat, auch die Fälle, wo wir wirklich nicht mehr an die Familien und Jugendlichen herangekommen sind. Diese sind sozusagen untergetaucht. Wir haben weiterhin ein Thema, das während der Schulschließung akut auf allen Seiten war. Es fehlen ganz klar digitale Endgeräte, Datenvolumen, Know-how und Antworten auf Datenschutzfragen. Das waren alles zentrale Probleme sowohl für junge Menschen, was ich ja schon gesagt hatte, als auch auf Seiten der Schulsozialarbeit. Da ist in den letzten Monaten viel passiert. Es sind jetzt vor allem auch neue Formate entwickelt worden, die Notlösungen waren z. B. online Klassenratsstunden oder Onlinetrainings. Ich möchte als Beispiel ganz kurz eine Grafik aus



Sachsen anwerfen. Die Kollegen und Kolleginnen von der Evangelischen Hochschule in Dresden haben tatsächlich die einzige uns bekannte, wirklich gute Erhebung der ganzen Schulsozialarbeit in Sachsen umgesetzt. Das deckt sich mit unseren Erfahrungen auf der Bundesebene. Wir können sagen, dass es zur Zeit der Schulschließung relativ gut gelungen ist und es eine gute Botschaft war, dass die Finanzierung größtenteils weitergeführt worden ist, gerade dort wo Landesprogramme existieren und kommunale Mittel zufließen. Es gab teilweise auch Teilzeitarbeit, Kurzarbeit und in Ausnahmesituationen und für einen begrenzten Zeitraum auch Abordnungen z. B. in die Notbetreuung.

Kommunikationswege: Noch einmal eine Grafik aus Sachsen, da es einfach spannend ist aus dieser ersten Erhebungsphase zu zitieren. Es sind insgesamt drei, die die EH Dresden mit Kooperationspartnern erhoben hat. Es wird einfach deutlich, dass am Anfang viel über Telefon, E-Mail, Social Media und Messengerdienste lief. Je nach Bundesland gab es unterschiedliche Regelungen, die zur Kontaktaufnahme gut verwendet worden sind. Die Beratung an sich fand natürlich in geschützteren Räumen statt.

Wie arbeitet die Schulsozialarbeit nach Öffnung der Schulen im Sommer und auch aktuell? Es ist eine Abhängigkeit von den Hygieneregeln der jeweiligen Schule da. Wir haben unsere Angebote und Beratungssettings natürlich wie alle anderen Bereiche auch angepasst. Die Kolleginnen und Kollegen berichteten von einem erhöhten Aufkommen an Einzelfallarbeit und Beratung von jungen Menschen und ihren Familien. Je nach Standort können das unterschiedliche Themen sein. Die besagten Ängste sind sowohl bei jungen Menschen als auch bei Eltern ein großes Thema und sie sprechen darüber mit der Schulsozialarbeit. Auch ein massiv gestiegener Medienkonsum, der tatsächlich jetzt in den letzten Monaten einfach zugenommen hat. Das sind Themen. Wir haben vor allem Implikationen für die Klassen und altersstufenübergreifenden Gruppenangebote und Projekte, die uns in der Schulsozialarbeit sehr wichtig sind. Man muss mit kleineren Gruppen und möglichst an neuen Orten draußen digital in großen Räumen wie z. B. Turnhallen arbeiten. Das funktioniert dann in der

Form. Ich hatte gerade neue Räume, angesprochen: Vor allem im Sozialraum gibt es gute Möglichkeiten, die erschlossen werden.

Dann möchte ich gerne die Veränderungen in der Kooperation Schule-Jugendhilfe ansprechen, vor allem natürlich Schule-Schulsozialarbeit. Wir haben gemerkt, dass es eine ganz enge Zusammenarbeit von Lehrkräften und Schulsozialarbeiter*innen passiert. Das war gerade in den ersten Monaten dieser ernsten Situation im Frühjahr wirklich auch eine gute Wertschätzung. Wir sehen das Ganze ein wenig ambivalent, weil wir teilweise merken, dass wir zu viele schulstrukturelle Aufgaben mit auffangen. Das ist für uns in der Schulsozialarbeit kein Dauerzustand und wir haben andere Schwerpunkte. Zu den politischen Forderungen ganz kurz drei Dinge. Ich möchte die Beteiligung und Zugänge, die junge Menschen in dem ganzen Geschehen brauchen, ansprechen. Wir möchten, dass unsere Zielgruppe in der Jugendsozialarbeit genauso mitgesehen wird. Es ist tatsächlich so, dass das in den existierenden Studien, z. B. JuCo, wie auch von den Initiatoren angesprochen, keine Zugänge für bestimmte Zielgruppen, eben kein barrierefreier Zugang zu den Onlinefragebögen, gab. Das sollte sich ändern.

Wir möchten auch, dass egal in welcher Form, informelle, formelle Schulgipfel, Bildungsgipfel und Bildungsräte stattfinden. Dass endlich junge Menschen beteiligt werden. Das kommt in den letzten Wochen und Monaten auch schon aus verschiedenen Quellen. Ich denke, das weiter zu ignorieren ist wirklich schwierig. Natürlich ist eine Beteiligung auf kommunaler und auf Landesebene absolut geboten. Aber wie gesagt, wir haben eben auch die Forderungen aus verschiedenen Settings auf der Bundesebene, die lauter werden. Wir möchten eine Stärkung der Schulsozialarbeit und anderer Gebiete aus der Jugendhilfe, das ist auch verständlich. Jeder hat seine eigene Profession. Wir haben nur das Problem, dass das Wort Schulsozialarbeit noch nicht einmal im Jugendhilfegesetz vorkommt. Wir möchten eine eigenständige Regelung zur Schulsozialarbeit, und zwar im § 13a eng an die Jugendsozialarbeit angegliedert, aber jeder mit seinem Gebiet eigenständig. Natürlich müssen



dazu mit allen Betroffenen nachhaltige Finanzierungslösungen, vor allem gemeinsam mit dem Schulsystem gefunden werden. Es ist ein systematischer Ausbau der Angebote geboten, um hier krisenfest aufgestellt zu sein.

Letzte Forderung noch schnell. Der Digitalpakt Schule muss jetzt bei den jungen Menschen ankommen. Wir wissen, und uns ist das natürlich bewusst, dass das eine hohe Komplexität mit sich bringt. Der Verteilmechanismus der Gelder und es ist einfach Fakt, dass wir sehen, die jungen Menschen, die das brauchen, sind nicht versorgt. Mit jeder Quarantäneverordnung und mit jedem Homeoffice bzw. Homeschooling, das angeordnet wird, verlieren wir hier weiter junge Menschen. Und wir möchten als Bildungsakteure genauso Zugänge zum Digitalpakt Schule erhalten. Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Schad-Heim. Als letzten in der Runde geht das Wort an Herrn Grohmann vom Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V.

Georg Grohmann (Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Hauptamtlich angestellt bin ich beim Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen. Ich spreche heute zu Ihnen als Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork Mobile Jugendarbeit und freue mich wirklich, Ihnen Perspektiven von Menschen darstellen zu können, welche im gesellschaftlichen Abseits, in Armut, in Elend, in Gewaltsituationen, Arbeitslosigkeit, ohne Wohnung oder in sehr beengtem Wohnraum leben müssen. Perspektiven von Menschen, über die ab und an geredet wird, als seien sie Objekte, die verwaltet werden müssen, mit denen aber viel zu selten gesprochen wird und denen noch viel weniger zugehört wird. Wir arbeiten mit diesen Menschen. Auf diesen Menschen wird heute mein Fokus liegen, auch wenn dies nur ein Ausschnitt unseres Arbeitsfelds sein kann. Zu Jugendlichen und jungen Volljährigen im Allgemeinen wurde hier bereits eine Menge gesagt und hinter das wir uns auch ausdrücklich stellen. Auch diese Perspektiven kommen immer zu kurz.

Wichtig für Sie zur Einordnung ist, dass mobile Jugendarbeit und Streetwork rechtskreis- und systemübergreifend denken und arbeiten. Das heißt, auch wenn Ihr Fokus mehr auf dem SGB VIII liegt, beschäftigen wir uns in der täglichen Arbeit notwendigerweise mit anderen Rechtsgebieten und sozialen Versorgungs- und Sicherungssystemen. Grundlage unserer Arbeit sind Themen, welche die Menschen mit zu uns bringen und bearbeiten wollen. Damit wird die Ganzheitlichkeit unseres Konzepts deutlich. Die wie ich finde einzigartige Stärke unseres Arbeitsansatzes liegt in unserer Alltagsnähe und der engen auf Vertrauen basierenden Beziehung zu den Menschen. Wir sind oftmals die einzigen Bezugs- und Vertrauenspersonen der Adressat*innen. Ich werfe mit Ihnen einen Blick auf Fälle, welche sich alle so oder so ähnlich in Deutschland abgespielt haben oder weiterhin abspielen. Diese spielen in politischen Entscheidungen bei Perspektiven und Lebenssituationen von ausgegrenzten Menschen kaum eine Rolle. Für Menschen, die auf der Straße in Not- und Sammelunterkünften sowie in prekären Wohnverhältnissen leben, waren die länderspezifisch geltenden Corona-Verordnungen nur schwer bzw. nicht zu realisieren. Der öffentliche Raum hat für diese Personengruppen eine hohe Bedeutung und ist für viele ein zentraler Lern- und Lebensort. Kontaktbeschränkungen, Aufenthaltsverbote usw. trafen diese Menschen besonders hart, da sie aus ihrem Wohn- und Lebensort vertrieben wurden und oftmals auch noch mit Bußgeldern belegt wurden. Bußgeldbescheide sind ein immer wieder auftauchendes Thema in Beratungen. Nur einige von unzähligen Beispielen sind Bußgelder für Menschen, die allein im Wald übernachteten, um sich zu distanzieren, oder für Menschen, die nicht in Notunterkünfte konnten, weil sie entweder voll waren oder weil sie dort Gewalt fürchten mussten. Beengter Wohnraum ist ein weiteres massives Problem. Dieser führt unweigerlich zu Konflikten zwischen Eltern und Kindern, zwischen Geschwistern untereinander, mit Partner*innen, mit Nachbar*innen, mit Vermieter*innen und kann als Folgeerscheinung auch zu Wohnungskündigungen führen. Auch Gewalterfahrungen wurden in diesem Kontext immer wieder thematisiert, auch hier in diesem Gremium. Bereits im Mai stellten wir einen



deutlichen Anstieg an Wohnungskündigungen sowie die Zunahme an Gewalterfahrungen in einem Positionspapier fest. Nun zeigen sich auch erste Folgeerscheinungen. Ein Anstieg von HzE-Fällen, die Überlastung von Frauenschutzhäusern, psychische Belastungen und Erkrankungen. Während der Fokus politischer Maßnahmen in der Corona-Pandemie sehr stark auf körperlicher Unversehrtheit in Bezug auf das Virus liegt, sind psychosoziale Folgen zu oft außeracht gelassen worden. Massiv auffällig war je nach Region im Zeitraum von März bis Mai ein Versagen behördlicher kommunaler Strukturen in Bezug auf die Sicherungs- und Transferleistungen. Nicht in jeder Kommune und nicht in jedem Landkreis traf dies zu, aber doch in allen Teilen Deutschlands. Jugendämter, Sozialämter, Ausländerbehörden usw. waren teils über Wochen für Leistungsbe rechtigte und Hilfesuchende nicht erreichbar. Es hieß konkret, dass Beratungsangebote nicht wahrgenommen werden konnten, Hilfen zur Erziehung nicht beantragt bzw. bestehende Hilfen vonseiten des Jugendamtes nicht gewährleistet werden konnten. Geflüchtete konnten ihren Aufenthaltsstatus nicht verlängern, was Ausreisepflicht und Beschäftigungsverbot nach sich zieht. Leistungen der Sozialämter für wohnungslose Menschen wurden nicht gewährt. All dies hatte, wie Sie sich vorstellen können, weitere Folgen für die körperliche und psychische Gesundheit der Menschen und für ihre finanzielle Situation, was Verzweiflung und Ohnmacht zur Folge hatte. Auch viele Einrichtungen wie etwa Tafeln oder Suppenküchen, die eine Notversorgung mit Lebensmitteln leisten, mussten zu Beginn der Pandemie schließen und daher waren weitaus mehr Menschen Hunger ausgesetzt als dies sonst schon der Fall ist. Junge Menschen wurden in der öffentlichen Debatte als Risikofaktoren, Corona-Partygänger*innen, Superspreader und Verweiger*innen der Maßnahmen stigmatisiert. Dies konterkariert zum einen die zentralen Entwicklungsaufgaben, die junge Menschen in der Jugendphase zu bewältigen haben, das Streben nach Autonomie, den eigenen Platz in der Gesellschaft finden, Perspektiven entwickeln. Zum anderen erlebten wir hingegen auch sehr eindrückliche Sorgen um die eigene Gesundheit oder die nahestehender Menschen und gleichzeitig eben oft die Unmöglichkeit, die

geforderten Hygienemaßnahmen auch umzusetzen. Diese Form der Stigmatisierung bei gleichzeitiger Ohnmacht, das eigene Handeln anzupassen, wog doppelt schwer und verschlimmerte die gesellschaftliche Ausgrenzung.

Ich will mit Ihnen an dieser Stelle noch einen Blick auf unsere Arbeitsrealitäten in dieser Zeit werfen. Für viele unserer Adressat*innen gab es in dieser Phase gerade zu Beginn eine Zeit, in der mobile Jugendarbeit und Streetwork die einzigen Angebote waren, welche präsent und erreichbar waren. Wir haben sehr schnell reagiert und unsere Arbeitsweise an die Situation angepasst. Unsere fachlichen Standards beschreiben als eine wichtige Komponente genau diese Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Diese wichtige Arbeit fand aber aufgrund der Corona-Verordnungen in vielen Bundesländern oft in einem rechtlichen Graubereich statt, was die Belastung der Fachkräfte unnötig erhöhte. Aufgrund des Wegfalls vieler Angebote wurden durch Projekte der Mobilen Jugendarbeit Streetwork vielerlei Leistungen aufgefangen und die Infrastruktur hierfür bereitgestellt. Duschen, Wäschewaschen, Lebensmittel, Hygieneartikel, Internet, Drucker, Faxgeräte, Kontaktherstellung zu Behörden, Beratungsleistungen, Krisenintervention, all das konnte teilweise aufrechterhalten werden bzw. wurde schnellstmöglich wieder bereitgestellt. Was viele Projekte quer durch die Republik massiv beschäftigt hat, waren Versuche der ordnungspolitischen Vereinnahmung von Mobiler Jugendarbeit Streetwork. An viel zu vielen Orten kam die Idee auf, dass es sinnvoll sei, Streetworker*innen gemeinsam mit Ordnungsamt oder Polizei auf Streife zu schicken, um - wo nötig - jungen Menschen die Corona-Regeln zu erklären und durchzusetzen. Dies wurde weitestgehend unter großen Mühen abgelehnt. Es muss aber endlich aufhören, dass wir für ordnungspolitische Aufgaben herangezogen werden, die nicht unsere Aufgaben sind, nur weil wir gute Zugänge zu jungen Menschen haben und mit ihnen im Gespräch sind. Dies nimmt uns die Möglichkeit, unsere arbeitsfeldeigenen Aufgaben zu erfüllen und behindert die Arbeit langfristig.

Was wird nun für die Zukunft benötigt? Sehr



deutlich wurde wieder einmal, dass unterschiedliche Perspektiven in politischen Entscheidungen und nicht nur diejenigen der Dominanzgesellschaft einfließen müssen, wie meine Vorredner*innen auch schon betont haben. Wie konnten in den getroffenen politischen Entscheidungen die Perspektiven von Menschen in Armut, von Menschen ohne Wohnung, von Menschen mit Migrationserfahrungen und von jungen Menschen überzeugend eingebracht werden? Es braucht unserer Meinung nach keine blumigen Worte, sondern überzeugende Mechanismen, die ein Mitspracherecht, die Beteiligung und Teilhabe für Expert*innen die Bedarfe und Perspektiven transportieren können, aber auch für die betreffenden Gruppen selbst, garantieren. Es braucht würdevolle Möglichkeiten lebensnotwendigen Dingen, wie Toiletten und der Körperhygiene nachzugehen, die Versorgung mit Lebensmitteln und medizinischer Versorgung, Trefforte auch im öffentlichen Raum, ohne sanktioniert und kontrolliert zu werden. Es braucht geeignete Schutz- und Schlafräume, um Jugendliche und junge Erwachsene bei akuten Krisen und in Notfällen auch kurzfristig unterzubringen. Die bestehenden Angebote waren und sind nicht ausreichend. Es braucht endlich den politischen Willen, Reformen für die Themen Armut- und Wohnungslosigkeit, Erhöhung des ALG II-Regelbedarfs auf ein menschenwürdiges und tatsächlich existenzsicherndes Minimum, Abschaffung der Sanktionen, massiver Ausbau von sozialem Wohnungsbau mit angemessenen Leitlinien usw. einzuleiten. Die Abschaffung von Armut in unserem Land ist möglich, sie ist eine Frage des politischen Willens. Mobile Jugendarbeit und Streetwork benötigen die Sicherung ihrer Arbeitsfähigkeit auch in Krisenzeiten, sie sind systemrelevant. Die Maßnahmen in Baden-Württemberg, wo Mobile Jugendarbeit Streetwork durch das zuständige Ministerium als Teil der Daseinsfürsorge benannt wurde, sind beispielhaft und machen unsere Arbeit dort von noch folgenden Corona-Verordnungen unabhängiger. Die Fachkräfte sind darin routiniert, die erforderlichen hygienischen Maßnahmen bereitzustellen bzw. einzuhalten. Was uns tatsächlich wütend macht, und damit komme ich zum Ende, ist, dass die Fachkräfte bis zur Überlastung auf der Straße unterwegs waren, sich oft einem hohen Risiko aussetzen mussten

und als Dank teilweise jetzt schon die Ankündigungen von Kürzungen erhalten haben. Wir benötigen für unsere Arbeit bedarfsgerechte finanzielle und personelle Ressourcen. Es darf aufgrund der hohen Neuverschuldung in den verschiedenen Bundesländern, Landkreisen und Kommunen nicht zu einer Reduktion der Angebote kommen. Die Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit sind unersetzlich für junge Menschen und unsere Gesellschaft, sie tragen einen entscheidenden Anteil zu positiven Lebensbedingungen, Verbesserung der sozialen Infrastruktur und zur Demokratiefähigkeit von jungen Menschen sowie zur Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft bei. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Grohmann, vielen Dank noch einmal an alle drei Sachverständigen für das sehr umfassende Bild, was Sie gezeichnet haben. Wir kommen nun zur Fragerunde der Kolleginnen und Kollegen aus den Ausschüssen aus der Bayerischen Kinderkommission. Wir haben Zeit bis ungefähr 16.30 Uhr und ich schaue schon einmal in die Runde, ob es erste Fragen gibt. Frau Wiesmann meldet sich und dann danach Herr Huber, dann Frau Schneidewind-Hartnagel.

Abg. Bettina M. Wiesmann (CDU/CSU): Ich bedanke mich sehr herzlich für die Eingangsstatements und würde gerne zwei Fragen stellen. Die eine Frage bezieht sich auf das Handout von Herrn Steimle, vielleicht habe ich Ihnen zu schlecht zugehört, obwohl ich mich bemüht habe. Da steht auf der 2. Seite: Ein neues Bewusstsein für das Präventionsparadox geschaffen. Können Sie mir dazu noch ein Stichwort geben, was ich darunter zu verstehen habe, ich weiß es schlicht nicht. Ich meine, Sie hätten es nicht ausführlich angesprochen. Eine zweite Frage richtet sich an Frau Schad-Heim. Ich war beeindruckt von vielen Ihrer Äußerungen, dass es mit der Schulsozialarbeit unter den Bedingungen der Pandemie doch gar nicht so schlecht geklappt habe, wobei mir die Herausforderungen ja wirklich auch sehr bewusst sind. Aber dann haben Sie in Ihren Forderungen doch auch noch einmal gesagt, dass eine Stärkung erfolgen muss und es noch viel zu tun gibt, z. B. beim Digitalpakt Schule etc. Können Sie aus Ihrer



Sicht, Sie sind auf der Bundesebene unterwegs, auch die Unterschiedlichkeit innerhalb der Länder kurz bewerten? Ich hatte das vorhin kurz angesprochen, Sie können das jetzt nicht sozusagen ad ex sensor hier machen. Aber gibt es Unterschiede, die Sie schon bewertet oder analysiert haben, die uns dann auch zu verschiedenen Schlussfolgerungen führen könnten? Es geht ja doch wenigstens in Teilen hier auch um eine nicht auf Bundesebene angesiedelte Aufgabe. Sie werben dafür, dass wir es auch tatsächlich aufnehmen, aber ich würde gerne wissen, ob Sie schon einmal beobachtet haben, wie die Länder unterschiedlich damit fertig geworden sind und was man vielleicht auch daraus für Lehren für die Zukunft ziehen könnte?

Vorsitzender: Ich würde jetzt noch Herrn Huber zulassen und danach machen wir eine kurze Antwortrunde für die ersten Fragen.

Abg. **Johannes Huber** (AfD): Vielen Dank. Ich hätte auch Fragen, denn bei der Analyse, da konnte ich Ihnen weitestgehend folgen. Soweit auch verständlich, dass die Lockdown-Krise letztendlich diese ganzen Lebensbedingungen für die jungen Menschen geschaffen hat. Wir haben schon öfter hier in Anhörungen gehabt aber ich möchte eigentlich einmal an die grundsätzliche Frage heran. Ich habe natürlich auch Gemeinsamkeiten z. B. beim Herrn Steinle und beim Herrn Grohmann entdeckt. Sie beiden kritisieren die Bußgelder, die überhöht waren. Sie alle kritisieren die soziale Spaltung, die Schere zwischen arm und reich, die auseinandergeht. Manche können sich die digitale Ausstattung leisten, manche nicht. Alle diese sozialen Probleme, diese gesellschaftlichen Probleme, haben Sie zumindest grundsätzlich den Anspruch an die Politik. Jetzt komme ich auf das Grundsätzliche: Für diese epidemische Lage nationaler Tragweite, die Grundlage für diese ganzen Maßnahmen und für den Lockdown ist, müssen zumindest Kriterien festgesetzt werden. Wenn man nämlich sieht, dass die Umfragen letztendlich bewirken, dass in der Bevölkerung dieser Lockdown doch eine gewisse Akzeptanz hat und dieser Lockdown epidemische Lage eigentlich bis Ende März 2021 angesetzt wäre, aber ich prophezeie, das wird bis zur Bundestagswahl hinaus verlängert werden, weil

CDU/CSU und SPD davon profitieren. Das sage ich hier mal ganz grundsätzlich. Sind Sie zumindest der Meinung, falls die epidemische Lage bestehen sollte, dass zumindest Kriterien herangezogen werden, die diese epidemische Lage eben zur Grundlage haben. Sind Sie auch grundsätzlich bereit, mit den Vereinigungen die Sie im Rücken haben Forderungen an die Politik zu stellen? Danke.

Vorsitzender: Gut, vielen Dank. Ich habe jetzt zwei Fragen von Frau Wiesmann an Herrn Steinle und Frau Schad-Heim und eine von Herrn Huber, wo ich nicht genau weiß, an wen sie geht, weil wir auch keine gesundheitspolitische Debatte führen. Vielleicht können Sie noch sagen, an wen das gehen sollte?

Abg. **Johannes Huber** (AfD): An Herrn Grohmann und an Herrn Steinle.

Vorsitzender: Gut. Dann würde ich sagen, machen wir das einfach reihum, es beginnt Herr Steinle.

Hans Steinle (Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit): Das Präventionsparadox, das auf dem Handout steht, war angesprochen. Kurzer Hinweis: Das was auf dem Handout steht, ist nicht alles Teil meines Statements gewesen, das ist Ihnen aufgefallen. Es sind ein paar Aspekte zusätzlich mit drin, die ich jetzt hier im Statement nicht erwähnt habe. Beim Präventionsparadox ist es wenn man der Theorie der Logik folgt, so, dass die Wirkung der präventiven Maßnahmen für den Einzelnen von vorherein nicht sichtbar ist. Das heißt eine hohe Investition in eine breite Aktivität ist wenn man das singulär und ökonomisch betrachtet, im ersten Moment nicht einleuchtend. Das Präventionsparadox bezieht sich auf einen größeren Kreis und ist deshalb manchmal für den Einzelnen nicht so ganz nachvollziehbar. Das ist die Erklärung fürs Präventionsparadox. Die zweite Frage von Ihnen ...

Abg. **Bettina M. Wiesmann** (CDU/CSU): Ich hatte eigentlich nur die eine an Sie.



Vorsitzender: Die zweite Frage ging an Frau Schad-Heim und Sie hatten noch eine von Herrn Huber. Da weiß ich nicht, ob Sie antworten können.

Hans Steimle (Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit): Es ist jetzt schwierig, aus der Lage der Jugendsozialarbeit eine Einschätzung abzugeben. Wir haben hierzu keine besondere Position. Die Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, werden nach dem, wie die Fachkräfte und die Jugendlichen damit umgehen, entsprechend verändert. Das hat sich auch die ganze Zeit verändert und die werden jetzt auch weiter angepasst. Wir sind dort auch im laufenden Prozess. Von daher ist es jetzt aus unserer Sicht keine stringente einheitliche Strategie, die wir irgendwie beklagen können, sondern das sind Reaktionen, die wir hier von Kindern und Jugendlichen beschreiben können, in welcher Weise sie davon betroffen sind. Und das ist sehr unterschiedlich, weil auch die Lebenslagen unterschiedlich sind.

Vorsitzender: Herr Grohmann.

Georg Grohmann (Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V.): Soll ich kurz daran anschließen? Ich glaube meine eigene Meinung in Bezug auf politische Maßnahmen, die in Bund und Ländern getroffen wurden, interessiert hier nicht. Das kann ich tatsächlich auch sehr schwer einschätzen, was da richtig ist. Das ist nicht meine Profession und da habe ich wenig Wissen. Wichtig ist uns, dass Randgruppen der Gesellschaft bei diesen Maßnahmen nicht vergessen werden. Das ist unserer Meinung nach zu oft passiert. Wenn es Krisenstäbe gibt, auch da habe ich zu wenig Wissen, dann wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, wenn dort verschiedene Perspektiven von verschiedenen Professionen reinkommen, um eine Risikoabwägung zu machen. Ich denke, das passiert auch, aber nageln Sie mich da bitte nicht fest. Weil Sie die Digitalisierung auch noch mit angesprochen haben, wo es eine Gefahr für eine drohende Spaltung geben wird oder schon gibt, das ist tatsächlich richtig. Dass wir dort bei aller Euphorie die extrem gut ist und bei allem, was

wir an Tools zum Arbeiten haben, auch nur damit arbeiten können, wenn es Zugänge dafür gibt. Das heißt eine technische Ausstattung in den Händen der Adressat*innen und im ländlichen Raum beispielsweise überhaupt Internet, welches verfügbar ist und eine gewisse Bandbreite aufweist. Also das ist sehr komplex und geht vollkommen über unsere professionelle Sicht aus der Jugendsozialarbeit hinaus. Aber es ist logisch, dass wir in Armutslagen eine Spaltung erleben, wenn Familien irgendwie nur ein Endgerät zur Verfügung haben und beispielsweise vier Kinder in der Schule sind. Wir haben eine Spaltung zwischen ländlichem Raum und Großstädten, um das ganz plastisch aufzumachen, einfach auch in der Verfügbarkeit von Internet.

Vorsitzender: Frau Schad-Heim, die Frage war von Frau Wiesmann.

Julia Schad-Heim (IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Deutschland e. V.): Vielen Dank für die Frage zur Schulsozialarbeit. Sie haben gefragt, wie es in der Schulsozialarbeit bundesländer spezifisch gelaufen ist und ob es Unterschiede in den Bundesländern und den Strukturen gegeben hat. Ich habe im Familienausschuss zu einem anderen Zeitpunkt schon einmal die Komplexität und Vielfalt des Feldes Schulsozialarbeit aufgemacht. Wir haben es in den Bundesländern, Landkreisen und Kommunen tatsächlich mit ganz unterschiedlichen Kreationen hinsichtlich, Finanzierung, Ausstattung und Zuständigkeiten für die Schulsozialarbeit zu tun. Was das aktuelle Geschehen angeht, können wir sagen, dass wir in den Ländern relativ schnell Planungssicherheit hatten, weiterarbeiten und unsere Angebote umsetzen konnten, in denen ein Landesprogramm existiert, welches zusätzlich zu kommunalen Mitteln auch Schulsozialarbeit mitfinanziert. Das war z. B. in Baden-Württemberg und Sachsen der Fall. In Sachsen haben wir mittlerweile sogar eine Verpflichtung zur Ausstattung von Schulsozialarbeit an Oberschulen im Schulgesetz. Daher haben wir dort fast eine flächendeckende Ausstattung. Daher können wir dort tatsächlich sagen, dass wir mit der Deckung und Planungssicherheit positive Erfahrungsberichte erhalten haben. Es gibt andere Beispiele, wie z.B.



Niedersachsen, wo die komplette Schulsozialarbeit in schulischer Trägerschaft ist. Dies also nicht nur finanziell, sondern auch inhaltlich bis hin zum Anstellungsträger und der Dienst- und Fachaufsicht. Wir haben gemerkt, dass wir in unserer schulbezogenen Jugendsozialarbeit im Hinblick auf die Schuleinbindung relativ abgeschlagen sind. Es gibt natürlich andere Vorränge, aber über unsere Jugendhilfestruktur bringen wir uns mit unseren Angeboten, Projekten und Zugängen zu jungen Menschen in und um Schulen ein. Da ist ganz klar der Fall, dass die Kolleg*innen sozusagen für sich unterwegs waren und dennoch geschafft haben, ihre Angebote weiter umzusetzen.

Was das Thema Digitalisierung und den Digitalpakt Schule angeht, haben wir leider als sozialarbeitsschulbezogene Jugendsozialarbeit nach den Berichten, die mir vorliegen, keinerlei Möglichkeiten, am Digitalpakt Schule zu partizipieren. Der Wunsch ist groß, weil wir selbst auch Schülerinnen und Schüler ausstatten möchten, um selber mit unseren Beratungsangeboten usw. präsent sein zu können. Wir wollen da auch nicht wirklich weiter verlieren und für die nächsten Monate und Jahre gut aufgestellt sein. Wir haben keine Zugänge und es gibt einfach immer wieder die Beispiele, dass das schulspezifisch ganz unterschiedlich funktioniert. Z. B. können auch nicht alle Schülerinnen und Schüler, wenn es denn Geräte gibt, diese mit nach Hause nehmen, und das wäre uns ein großes Anliegen. Von daher haben wir als Schulsozialarbeiterin und Schulsozialarbeiter keine Berührungspunkte, egal in welchem Bundesland.

Vorsitzender: Gut, ich habe jetzt auf der Rednerliste die Kollegin Schneidewind-Hartnagel, die Kollegin Rüthrich und die Kollegin Schorer-Dremel. Mit Blick auf die Zeit würde ich das jetzt in der Reihenfolge machen und dann versuchen, zusammen zu beantworten, wenn das in Ordnung wäre.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für Ihre Ausführungen und vielen Dank für das Lob

an Baden-Württemberg, das mich sehr gefreut hat. Ich habe eine Frage an Frau Schad-Heim: Sie konstatieren eine weitere Verschärfung der sozialen und digitalen Spaltung im Bildungssystem sowie eine Zunahme der Schuldistanz und der Schulabsenz. Können Sie das in Zahlen ausdrücken und benennen, was bei Ihnen auf Folie 4 steht? Wie viel davon könnten Sie auf Corona-Maßnahmen zurückführen? Ich habe eine Frage an Herrn Grohmann: Auf Folie 5 kritisieren Sie eine ordnungspolitische Instrumentalisierung, die den Ansatz Ihrer Arbeit gefährdet. Können Sie mir noch einmal genauer darlegen, was Sie damit meinen? Dann habe ich noch eine Frage an alle drei: Mich würde interessieren, ob Sie Geschlechterunterschiede in Ihrer Klientel feststellen, im Hinblick auf die Anzahl von Mädchen und Jungen und jungen Männern und Frauen, die Sie betreuen? Sind die Problematiken ähnlich oder gleich oder sehen Sie da Unterschiede? Danke.

Vorsitzender: Susann Rüthrich.

Abg. **Susann Rüthrich** (SPD): Vielen Dank auch für die Einblicke, die Sie gegeben haben. Ich würde jetzt gerne eine Frage direkt zu Ihren Zielgruppen, mit denen Sie arbeiten, stellen. Vielleicht vor allem an Frau Schad-Heim, aber gerne auch an die anderen, wenn Sie dazu etwas sagen können. Ich komme selber aus der außerschulischen Jugendarbeit und der Verein, in dem ich tätig war und jetzt ehrenamtlich tätig bin, hatte den Eindruck, dass es genau jetzt in einer sehr verunsicherten gesellschaftlichen Lage ganz wichtig wäre, an die Schülerinnen und Schüler und an die Jugendlichen heranzukommen. Wir hatten den Eindruck, dass Verschwörungsmythen, Sündenbocksuche, Diskriminierungserfahrungen, aber selber auch Diskriminierungseinstellungen noch mehr als eh raumgegriffen haben. Die ganze Diskussion und der Fokus waren aus meiner Wahrnehmung sehr darauf ausgerichtet, die Schulen wieder zu öffnen, damit der verpasste Unterrichtsstoff wieder aufgeholt werden kann. Weniger jedoch auf die gesellschaftlichen und demokratischen Fragen, die noch zu klären wären. Jetzt ist für mich die Frage, ob Sie einen Anstieg oder ein relevantes Problem in den Zielgruppen wahrnehmen, in denen Sie unterwegs sind?



Können Sie das fachlich mit Sicherheit bearbeiten und haben Sie genügend Zeit und Möglichkeiten, die gesellschaftlichen Fragen des Umgangs miteinander mit den Jugendlichen und den Kindern zu klären?

Vorsitzender: Als letztes in der Runde die Kollegin Schorer-Dremel. Danach würde ich sagen, machen wir eine Antwortrunde wieder von Frau Schad-Heim über Herrn Grohmann nach Herrn Steimle.

Abg. Tanja Schorer-Dremel (CSU-Fraktion Bayerischer Landtag): Auch der bayerischen Seite her ein herzliches Dankeschön, vor allen Dingen vor dem Hinweis mit der Systemrelevanz. Das nehmen wir gerne auf, da gerade Jugendarbeit an Schulen oder mit Schulen wirklich eine der wichtigsten Punkte ist. Deswegen jetzt ganz konkret: Sie haben einige der Probleme benannt, eigentlich haben Sie nur Probleme benannt, bis auf den Herrn Steimle, der gesagt hat, es sind jetzt 10 Prozent der Kontakte verloren, 30 Prozent wurde eher intensiviert, das spricht natürlich auch für die Arbeit, die Sie vor Ort leisten, und natürlich 60 Prozent ist mehr oder weniger gleichgeblieben. Ich finde das ist eine beeindruckende Übersicht.

Mich würde aber einmal interessieren, was denn wirklich gut war in diesen Zeiten? Weil wir als Politiker auch auf Positivem aufbauen wollen, nicht nur Negatives benennen. Das geht an alle drei Bereiche: Wo sollte man konkret ansetzen, wo haben Sie gesagt, dieser Bereich ist positiv gelaufen, da wäre eine weitere Unterstützung, Erweiterung oder vielleicht Veränderung vornötig? Dann nochmal kurz zur Digitalisierung, wo Sie auch alle drei angesprochen sind. Ich glaube, dass es von Bundesland zu Bundesland verschieden ist, aber dieser Digitalpakt Schule soll auch einen Ansatzpunkt haben, liebe Frau Schad-Heim. Deswegen ist es, glaube ich, der entscheidende Faktor, dass jedes Kind an den Schulen mit einem Gerät ausgestattet wird und auch werden soll. Wir in Bayern haben ein Zusatzprogramm geleistet. Wenn man auf der anderen Seite gezielt nachfragt, dann heißt es, wie bei mir, dass von neun weiterführenden Schulen,

lediglich in dieser Zeit nicht einmal zehn Geräte verliehen wurden. Ich glaube, dass man hier die Regionalität stark hineinnehmen muss. Deswegen glaube ich, wäre es zusammenfassend für mich ganz wichtig, dass Sie uns Anhaltspunkte mitgeben, wo wir bereits Bestehendes optimieren und weiter vertiefen können? Vielen Dank.

Vorsitzender: So, vielen Dank für die Fragen. Wir kämen dann zu einer nächsten Antwortrunde und ich hatte vorgeschlagen, wir beginnen diesmal bei Frau Schad-Heim.

Julia Schad-Heim (IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Deutschland e. V.): Vielen Dank für die zahlreichen spannenden Fragen. Zur ersten Frage, Spaltung, weitere Spaltung, soziale und digitale Spaltung und zum Thema Schulabsentismus: Zum Thema soziale und digitale Spaltung haben wir es tatsächlich mit strukturellen Problemen zu tun, die es z. B. beim Thema digitalen Unterricht gibt. Diese verschärfen sich aufgrund der benannten Bedingungen. Probleme, Nöte und Sorgen existieren jetzt auch außerhalb der Schule haben sich möglicherweise gesteigert. Ich habe dazu speziell keine Zahlen, dazu müssen wir tatsächlich auf die Berichte vertrauen, die wir vorliegen haben. Wir können es jedoch auch einfach an den Erfahrungen ausmachen, die wir jetzt haben.

Auch beim Thema Schuldistanz, Schulabsentismus wird sehr deutlich, dass hier viel Demotivation, Resignation vorhanden ist. Es ist ein sehr heißes Feld beim Thema Schulabsentismus mit Zahlen zu kommen. Wir hätten wirklich dringend gerne einen bundesweiten aber auch einen landesbezogenen Überblick, inwieweit wir wirklich mit dem Phänomen zu tun haben. Es ist jedoch so unterschiedlich, wie Daten erhoben werden und wie das Phänomen verstanden wird. Es ist daher ganz schwer Hausnummern zu geben. Wie gesagt, wir gehen von einer Zunahme aus. Eine Merkzahl kann ich von einem Kollegen der Universität zu Köln weitergeben. Dr. Hennemann hat einmal erhoben, dass wir von ca. 12 Prozent Absentismus an Grundschulen ausgehen müssen. Das steigert sich auf ca. 19 Prozent an weiterführenden Schulen, Klasse 8/9. Das nur mal so, damit Sie eine



Hausnummer haben. Das waren, glaube ich, Ihre Fragen.

Geschlechterverhältnisse war noch ein Thema, genau, eine Frage zum Umgang mit dem ganzen Geschehen. Wir können jetzt grundsätzlich nicht signifikant sagen, dass Jungen oder Mädchen damit unterschiedlich umgegangen sind, falls Sie auch darauf abstellten. Es gibt Tendenzen, dass uns von den Fachkräften zurückgemeldet wird, dass Mädchen sehr viele Ängste entwickelt haben und bei Konflikten viel mit sich ausmachen. Bei jungen männlichen Schülern nehmen wir teilweise vermehrt Unruhe, Konzentrationsprobleme und solche Themen wahr. Das war wirklich mal ganz aus der Praxis.

Zum Thema Demokratie, Demokratiebildung und ob wir dafür Zeit haben und wie es gelingt? Wir können nicht sagen, ob oder in welchem Ausmaß das in und mit unseren Zielgruppen ein großes Problem ist. Bei den Verschwörungstheorien sind teilweise andere Menschen unterwegs als unsere Zielgruppen. Es ist tatsächlich so, dass wir in der schulbezogenen Jugendsozialarbeit sehr genau schauen, welche Angebote wir im weitesten Sinne zu Demokratiebildung machen können. Wir haben ganz viele Möglichkeiten, was Klassenräte und bestimmte Trainings angeht, die wir in Kooperation mit der außerschulischen Jugendbildung, vor allem mit der politischen Bildung anbieten, mit der wir eng verzahnt sind und gemeinsame Angebote entwickeln. Diese haben wir jetzt auch in neuen Formaten erprobt. Wir haben die Erschwernis, dass außerschulische Partner aufgrund der derzeitigen Situation je nach Schule wenig bis kein Zugang haben und wir neue Wege finden müssen, um außerhalb dieser Orte aktiv zu werden. Das ist aber auf dem Schirm.

Nächste Frage, was lief wirklich gut? Genau diese Frage kam von Ihnen. Ich kann nur betonen, dass dieser flexible und pragmatische Umgang der Kolleginnen und Kollegen sehr gut lief. Wir haben es wirklich mit einer guten Zusammenarbeit geschafft, die es eben braucht, gerade wenn man so eine Vermittler und Brückenfunktion hat wie die Schulsozialarbeit oder Jugendsozialarbeit an

Schulen. Es kommt einfach sehr drauf an, dass wir gut mit den Lehrkräften zusammenarbeiten. Wir haben jetzt in diesen ernsten Zeiten, die uns alle sehr beschäftigen, gemerkt, dass wir eine gegenseitige Wertschätzung erfahren und dass wir auch ineinander spielen. Ich muss wirklich sagen, dass es gute Erfahrungen gewesen sind. Jetzt müssten wir gucken, wie wir aus dieser Kooperation Jugendhilfe – Schule lernen können, wie wir uns weiter aufstellen und wie wir in Kontakt kommen können? Es gibt für uns wenige Möglichkeiten und wir möchten gerne über das SGB VIII auch diese Möglichkeit nutzen. Derzeit gibt es verschiedene Anlässe.

Ganztagsrechtsanspruch, unsere Forderung der Schulsozialarbeit ins SGB VIII, die inklusive Bildung. Es gibt derzeit sehr viele Themen, bei denen wir wirklich gut in Austausch kommen müssten und uns fehlt diese Multiprofessionalität besonders auf der konzeptionellen Ebene. Das wäre so eine Botschaft.

Digitalpakt Schule: Sie haben es bereits angesprochen, dass je nach Schule ganz unterschiedlich damit umgegangen wird und ganz unterschiedlich viel angekommen ist oder eben nicht. Es ist sehr unterschiedlich wie diese Geräte, die es letztendlich zum jetzigen Zeitpunkt sind, ob die jetzt verliehen werden, nur vor Ort genutzt werden dürfen oder solange wie nötig wirklich zur Verfügung stehen, auch mit Bezug zur Quarantäneverordnung oder zu Homeoffice. Es ist sehr unterschiedlich und hier würden wir uns sehr stark wünschen, dass auch die anderen Professionen an den Schulen mitüberlegen könnten, wie die Schulen damit umgehen und wie eine Digitalisierungsstrategie aussehen könnte, die auf Bildungsgerechtigkeit zielt. Aber nicht nur auf der Mikroebene Schule, sondern auch aufsteigend über die Länderverantwortung, die beim Digitalpakt wirklich sehr groß ist. Wie sie gesagt haben, dass es in Bayern auch bereits Zusatzmöglichkeiten gibt. Wie können wir in den konzeptionellen und strategischen Austausch und in die gemeinsame Erarbeitung kommen? Wir haben wirklich Themen, die, wie ich glaube, für beide Seiten relevant sind. Wir haben keine Möglichkeit, da im Austausch zu sein. Danke.

Vorsitzender: Ja, Herr Grohmann, ich weiß, das ist



jetzt unfair, aber mit Blick auf die Zeit bitte ich Sie und Herrn Steimle, möglichst prägnant zu antworten. Danke.

Georg Grohmann (Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V.): Ich versuche, die Fragen trotzdem alle abzuarbeiten. Ich würde bei Frau Schneidewind-Hartnagel mit der Frage nach der ordnungspolitischen Instrumentalisierung beginnen. Was ich jetzt in Bezug auf die Corona-Pandemie und was wir dort erlebt haben, beschrieben habe, ist, dass in vielen Gemeinden, Kommunen, Städten sich junge Menschen draußen getroffen haben und die Sorge vorhanden war, dass sich die jungen Menschen weiterhin draußen treffen und es diesen jungen Menschen irgendwie vermittelt werden muss, dass das nicht funktioniert. Wir haben hier ein Stück weit auch eine andere Meinung und haben auch gesehen, dass durchaus auch verantwortungsvoll damit umgegangen werden kann. Es ist ein Effekt eingetreten, dass in der Verwaltung die scheinbar naheliegende Idee aufkam, wir packen die Streetworker*innen und die Polizeibehörde oder das Ordnungsamt zusammen und lassen sie zusammen auf Streife gehen. Weil die Streetworker*innen einen guten Zugang zu den jungen Menschen haben und wissen, wie man auf sie zugeht, erklären sie den jungen Menschen, was sie jetzt wie zu tun und zu lassen haben und dass sie sich nicht draußen aufhalten sollen usw. Das ist klar abzulehnen, weil es einerseits nicht unsere Aufgabe ist, diese Ordnungspolitik zu betreiben. Wir machen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit. Wenn wir das tun würden, haben wir das Problem, dass wir bei den jungen Menschen nicht mehr auftauchen brauchen. Es gab tatsächlich auch schon ein Beispiel, wo das passiert ist und die Kollegin mittlerweile ihren Job wechseln musste. Das ist ein ganz klarer Mechanismus, dass wir den Zugang nicht mehr hinbekommen, wenn wir dort in Form von Polizei oder Ordnungsamt auftauchen. Allgemein ist es tatsächlich ein viel größeres Problem, als ich das hier heute beschreiben kann. Wir werden für solche Zwecke ein Stück weit missbraucht, weil das in den letzten Jahren zugenommen hat. Es nimmt auch zu, dass wir zu Zeugenaussagen vorgeladen werden. Es tritt genau derselbe Effekt ein, wenn wir dort Angaben machen und unsere berufliche Schweigepflicht brechen müssen, werden wir

diese Zugänge nicht erhalten kann. Wir haben kein berufliches Zeugnisverweigerungsrecht. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass wir dieses für die soziale Arbeit erhalten, da es nicht nur uns betrifft. Das ist tatsächlich etwas, was unsere Arbeit regelrecht torpediert. Es sind Einzelfälle, die aber zunehmen und teilweise tatsächlich wegen absoluten Banalitäten.

Zu den Zielgruppen noch einmal allgemein: Ich have das heute sehr auf Wohnungslosigkeit und Armut zugespielt und ich habe auch gesagt, dass das Arbeitsfeld natürlich wesentlich breiter ist. Es ist sehr unterschiedlich, wo wir arbeiten. Im ländlichen Raum ist es oftmals das einzige Angebot an Jugendarbeit oder Jugendsozialarbeit. Dort werden von den Kolleg*innen oftmals auch selbstverwaltete Jugendclubs betreut. Auch dort ist noch einmal ganz wichtig zu sagen, dass diese selbstverwalteten Strukturen eine zweite Schließung finanziell nicht verkraften werden. Das wird einfach nicht funktionieren. Die sind normalerweise auf Einnahmen durch Großveranstaltungen und irgendwelche Events angewiesen, die dieses Jahr alle ausgefallen sind. Im ländlichen Raum werden wir dort, wenn es passiert, flächendeckend ein Wegbrechen von diesen Strukturen erleben. Diese Strukturen sind im ländlichen Raum gut, weil sie selbstverwaltet und passgenau sind. Darauf sollten wir tatsächlich achten. Zielgruppen in den größeren Städten: Auch dort gibt es eine große Bandbreite, aber schon dieser Fokus auf Benachteiligungserfahrungen der jungen Menschen. Unsere Aufgabe ist dort eben die Interessenvertretung und tatsächlich die Lebensbedingungen verbessern. Das ist unsere Aufgabe.

Zu den Geschlechterverhältnissen würde ich nur ganz kurz etwas sagen: In Bezug auf Wohnungslosigkeit ist es ein Phänomen gerade bei Frauen, jungen Frauen, Mädchen, dass diese häufiger in einer versteckten Wohnungslosigkeit leben und zu finden sind. D. h. es ist tendenziell öfter, dass sie bei verschiedenen Menschen unterkommen und von Wohnung zu Wohnung springen. Es gibt dafür auch den Begriff des Sofahoppings. Das ist tendenziell häufiger bei weiblichen Adressat*innen anzutreffen und stellt für uns in gewisser Weise eine Zugangshürde dar, weil sie



eben nicht so präsent sind. Aber in der allgemeinen Verteilung ist es kein riesen Unterschied in unserer Arbeit.

Dann würde ich noch ganz kurz auch auf das Positive eingehen. Es gibt auf jeden Fall positive Beispiele. Die sind oftmals auf einzelne Städte oder Kommunen eingegrenzt. Wir hatten beispielsweise ganz unkomplizierte Neueröffnungen von Notschlafstellen. Bei diesen Notschlafstellen hatten wir auch den Wegfall von Gebühren für die Übernachtungen. In vielen Städten kostet die Übernachtung in diesen Notschlafstellen Geld, da dort eine Versorgung mit Lebensmitteln stattfindet. Das ist zwar auch nicht die Regel, denn auch ein ganztägiger Aufenthalt ist in diesen Notschlafstellen möglich. Das ist in diesem engen Kontext der Notschlafstellen tatsächlich positiv, was an einzelnen Orten passiert ist.

Zu der Forderung, die ich auch aufgemacht habe, dass wir das für junge Menschen auch noch einmal niedrigschwellig besonders brauchen, gibt es tatsächlich auch sehr vereinzelt in Deutschland Beispiele. Diese sind aber auch in der Finanzierung sehr unterschiedlich. Über den § 13, den § 34, den § 41 ist das möglich, aber ich kann nicht in eine x-beliebige Stadt gehen und sagen, ich möchte so eine Notschlafstelle eröffnen, die über den § 13 gefördert wird. In einer anderen Stadt funktioniert das auch. Wir erleben daher sehr oft, dass dies eine lange Arbeit ist, dort hinzukommen und in der Verwaltungsstruktur zu erläutern, wie so ein Gesetz eigentlich angewendet werden kann und welche Möglichkeiten es gibt.

Noch ein letzter Punkt: Auch etwas Positives. Von den Fachkräften in der Praxis wurde tendenziell die Praxis der Jobcenter positiv zurückgemeldet, dass diese die Sanktionen vorübergehend aufgehoben haben und unnötige Präsenztermine weggefallen sind. Das hieß gleichzeitig für die Mitarbeiter*innen in den Jobcentern, dass sie tatsächlich Zeit für individuelle Lösungssuchen mit den leistungsberechtigten Menschen hatten. Es war auch wesentlich einfacher, Neuanträge zu stellen. Wichtig dabei ist aber wieder, da kommt ein „Aber“, dass nur für Leute möglich war, die auch digitale Zugänge dazu hatten oder über uns dann diese Zugänge bekommen haben. Vielleicht soweit erst einmal dazu. Danke.

Vorsitzender: Dann noch Herr Steimle. Ich sage gleich, bevor ich Ihnen das Wort gebe, ich habe gesehen, dass Frau Ebner-Steiner noch eine Frage stellen wollte und ich habe auch noch drei Fragen. Das werden wir nicht mehr schaffen, weil wir 16.30 Uhr strikt schließen müssen. Die ersten Kollegen bereits zusammenpacken und wir bei den ersten Tagesordnungspunkten im Plenum zumindest als Familienausschuss auch noch mitberatend sind. D. h. wir werden fluchtartig den Raum verlassen. Deswegen würde ich gerne fragen, ob es möglich ist, wenn jemand noch eine Frage hat, sich damit schriftlich an Sie wendet. Sie vertreten überall große anerkannte Verbände. Sie nicken, dann würde ich das sozusagen so mitnehmen und bitte Herrn Steimle um eine letzte Antwort.

Hans Steimle (Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit): Ich würde gerne noch einmal auf die Frage von Frau Schorer-Dremel zurückkommen. Was war gut? Wir haben gemeinsam im ganzen Bundesverband eine Kampagne gemacht: „Wir sind zukunftsrelevant“ – kann man nachlesen. Da sind 6.000 *share pics* und alles Mögliche über Aktivitäten in der Sommerpause entstanden. Hochengagierte Fachkräfte, Ehrenamtliche aus allen Bundesländern waren beteiligt und es ist viel passiert. Diese Zukunftsrelevanz haben wir auf eine Gegenwartsrelevanz runtergebrochen. Die Persönlichkeitsbildung der jungen Menschen läuft jetzt unter schwierigen Bedingungen. Zurück auch noch einmal zu der Frage nach der geschlechtsspezifischen Differenzierung, was schwierig ist. Wenn man das unter der Lupe betrachtet, sieht man sehr viel, dass nach wie vor in der Jugendsozialarbeit junge Männer präsenter sind und ihre Problemlagen deutlicher hervortreten. Die der jungen Frauen weniger und dass wir auch Retraditionalisierungstendenzen haben. Aber damit genug. Ich kann auch jetzt nicht mit Zahlen kommen, aber wir sind dran und der einzige Verband, der auch noch Mädchensozialarbeit als spezielles Handlungsfeld fördert.

Zum Thema Gefahren im Netz: Es gibt Bundesprogramme, die dort sehr aktiv sind „Demokratie leben“, „Respektcoaches“. Die Gefahren, die dort stattfinden, werden die Jugendlichen sehr vereinnahmen und dies wird



von uns sehr deutlich wahrgenommen. Da ist es gut, dass es solche Unterstützungen gibt, die jedoch dauerhaft sein müssen. Die Rechtsgrundlagen dafür müssen stabiler sein, weil wir auf Dauer mit Modellprojekten niemanden glücklich machen werden.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Steinle. Das war eine Punktlandung. Das war wahnsinnig viel Input. Wir fertigen daraus Wortprotokolle, nur damit Sie wissen, wie wir damit weiterverfahren. Am Ende dieses Zyklus' von öffentlichen Anhörungen werden wir im nächsten Jahr aus allen Ihren Empfehlungen, die wir hier diskutieren, versuchen, zu einer öffentlichen Stellungnahme zu kommen, um selber in die Debatte einzutreten. Wir haben in der Kinderkommission ein doppeltes Zweidrittel-Mehrheitsprinzip, also ein hohes Quorum und damit höher als im Parlament. Ihre Empfehlungen

sind für uns sehr hilfreich, um selber gegenüber der Öffentlichkeit in einem geschlossenen Text Vorschläge unterbreiten zu können, wie man in vergleichbaren Situationen noch besser handeln kann, als das bisher geschehen ist, um das mal positiv zu formulieren. Ich bedanke mich für die angeregte Diskussion.

Ich bedanke mich insbesondere für den Besuch der Kinderkommission des Bayerischen Landtages, die hier vollzählig war. Vielen Dank an die Kolleginnen und den Kollegen dafür, dass Ihr und Sie gekommen seid. Ich schließe die heutige Sitzung. Wir sehen uns wieder am 28. Oktober zu einer öffentlichen Anhörung, dann zu den Themen, die sich mit Kita und Kindertagespflege in der Pandemie und im Lockdown beschäftigen. Herzlichen Dank.

Schluss der Sitzung: 16.30 Uhr

Norbert Müller, MdB
Vorsitzender